

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt 2024/2024

Mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 setzen **Verwaltung und Gemeinderat die gute Zusammenarbeit** fort. Die Umsetzung liegen gebliebener Sanierungsmaßnahmen und Projekte, erforderliche Investitionen in öffentliche Gebäude, Anlagen und Infrastruktur und in den Wohnungsbau, die für das Gemeinwesen unerlässliche Unterstützung von Bildung, Kultur und Sport und die zunehmenden Aufgaben und Leistungsgesetze von Bund und Land **bringen den städtischen Haushalt aber zunehmend an seine Grenzen.**

Der Haushaltsplan für die Jahre 2024 und 2025 weist einen durch die laufenden Einnahmen nicht gedeckten **Finanzierungsbedarf von 24,5 Mio. Euro** aus. Dieser Bedarf wird mit einer **Nettokreditaufnahme von rund 11 Mio. Euro und mit einer Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 13,5 Mio. Euro** finanziert. Die Verschuldung im Kernhaushalt der Stadt steigt bis Ende 2025 auf voraussichtlich knapp 20 Mio. Euro. Die Rücklagen nehmen bis Ende 2025 auf rund 3 Mio. Euro ab.

Der Doppelhaushalt 2024/2025 ist finanziert. Nachholeffekte, kommunale Pflichtaufgaben und neue Projekte rechtfertigen auch den hohen Finanzierungsbedarf.

Sorge bereitet die Finanzierung der Pflichtaufgaben und weiterer Investitionen über das Jahr 2025 hinaus. Nach der im Planentwurf dargestellten Perspektive ist das nur mit weiteren erheblichen Kreditaufnahmen möglich. Auch die Eigenbetriebe „Stadtwerke Pfullingen“ und „Wohnbau Pfullingen“ haben einen hohen zusätzlichen Finanzierungsbedarf. Aus den genannten Gründen haben wir den **Antrag** gestellt,

„alle Aufgaben und Projekte insbesondere in der Vorbereitungs- und Planungsphase noch konsequenter auf Einsparmöglichkeiten und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen sowie die zeitliche Umsetzung von Projekten über den Doppelhaushalt 2024/2025 hinaus so zu planen, dass eine angemessene Finanzierung mit eigenen Haushaltsmitteln und mit Bundes- und Landesmitteln erreicht und die Verschuldung infolge Kreditaufnahmen begrenzt werden kann.“

Die laufenden Aufgaben und die im Doppelhaushalt 2024/2025 abgebildeten Projekte müssen in allen Phasen der Planung und Umsetzung **konsequent auf mögliche Kosteneinsparungen überprüft** werden. Das gilt insbesondere auch für das Rathausergänzungsgebäude und die Sanierung der Bestandsgebäude.

Eine dauerhaft leistbare Finanzierung der zukünftigen Aufgaben und Projekte erfordert **geänderte Rahmenbedingungen bei gesetzlichen Standards, den massiven Abbau der Bürokratie und eine auskömmliche Finanzierung der an die Kommunen übertragenen Aufgaben durch Bund und Land.** Die von den Kommunen zu erfüllenden Aufgaben müssen auskömmlich und dauerhaft finanziert werden und sie müssen organisatorisch und personell machbar sein. **Das trifft für zahlreiche Aufgabenbereiche nicht mehr zu.**

Die Unterbringung und Versorgung obdachloser, geflüchteter oder Asyl suchender Menschen, die Energie- und Mobilitätswende, der weiter ausgedehnte Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Sozialleistungen sind nur einige Beispiele, deren Umsetzung unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht leistbar ist.

Es reicht nicht aus, wenn Bund und Land Gutachten und Untersuchungen zu politischen Zielsetzungen finanzieren. Die Ergebnisse und ihre Umsetzung müssen für die Kommunen, für die Wirtschaft und das Gewerbe und für die Bürger machbar, wirtschaftlich und bezahlbar sein.

„Die Kommunen sind die Orte der Wahrheit, weil dort die Wirklichkeit ist“, sagt der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Steffen Jäger immer wieder.

Dieser Satz beschreibt zutreffend die Position der Kommunen zwischen den politischen Zielsetzungen und der Wirklichkeit. Die von Bund und Land verfolgten Ziele stimmen mit der Wirklichkeit vielfach nicht mehr überein. Bund und Landbürden den Kommunen, der Wirtschaft und den Bürgern ständig neue Lasten auf, ganz offensichtlich ohne die Folgen zu bedenken.

Wenn sich das wieder ändert, ändert sich auch die Stimmung im Land. Die Kommunen sind nicht nur die Orte der Wirklichkeit, sie sind auch die „Graswurzel der Demokratie“.

Gert Klaiber, Vorsitzender der CDU-Fraktion